Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 29. Februar 2016

Niederschrift
über die 16. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 24.02.2016
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:20 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung/während**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	
Frau Claudia Hänsel	
Herr Christian Hermann	
Herr Jörg Schmidt	
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Benjamin Zabel	
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Arndt Fröhlich	
Herr Eric Holtschke	
Frau Gabriele Lorenz	
Frau Carola Rohloff-Soares	
Stellvertretendes Mitglied	
Herr Dieter Blechschmidt	Vertretung für Herrn Prof. Dr. Lutz Kowalzick, ab TOP. 1.4.

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Wolfgang Hinz	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	entschuldigt
Beratendes Mitglied	

Herr Uwe Geisler entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	**Funktion**	
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Mißbach	FGL Betriebswirtschaft/Liegenschaften	gesamte Sitzung
Frau Berger-Keilhack	FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport	bis TOP 5.

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	**Anwesenheitsgrund**
Herr Kober	Geschäftsführer Stadtwerke-Strom – öffentl. u. TOP 4.4. nichtöfft. Teil
Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Herr Selbmann	Freie Presse – öffentl. Teil
Herr Grünler	Bürger – öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20.01.2016
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20.01.2016
1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 16. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 16. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20.01.2016

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20.01.2016 - öffentlicher Teil - fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20.01.2016

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt bekannt, dass Frau Marika Berger zum 01.02.2016 als Sachbearbeiterin Grün- und Umweltplanung im Geschäftsbereich II eingestellt wurde.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert zur gestrigen Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages und zum heutigen Hauptausschuss, der 2 x jährlich nach der Präsidiumssitzung tagt. Das Thema Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist derzeit das Thema Nr. 1. Er verliest den heute einstimmig gefassten Beschluss.
Das Schreiben des Deutschen Städtetages wird den Fraktionen per E-Mail zugehen.

Zu Pkt. 6. des Schreibens merkt er an, dass es eine Zusage von Frau Bundeskanzlerin Merkel gegenüber dem Spitzenverband gibt, bis Ende März ein Konzept zu erstellten. Die Integration liegt bei den Städten, Gemeinden und Kreisen. Deshalb besteht das Interesse, schon bei der Erstellung des Konzeptes direkt mit einbezogen zu werden.
Auch im Landesvorstand des SSG in Dresden wurde sich mit dem Thema befasst mit dem Ergebnis, dass es außer dem Konzept auch ein Integrationsgesetz geben sollte, indem unsere Rechte für die nächsten Jahre beschrieben sind und die die Kommunen auch von Bund und Ländern diesbezüglich einfordern können.

Pkt. 7. dokumentiert Oberbürgermeister Oberdorfer:
Wenn wir Menschen integrieren wollen, sollten diese einige Zeit - solange sie auch staatliche Hilfen erhalten - an einen Ort gebunden sein. Wir fordern von der Bundesregierung die Zulässigkeit einer Residenzpflicht.

Für ihn persönlich ist es unakzeptabel und menschenunwürdig, wenn man gegenüber Flüchtlingen Gewaltpotential ausstrahlt. Wir wollen die Politik ändern - in unserem eigenen Land ändern - und die Fluchtursachen vor Ort in den Ländern bekämpfen. Dazu gibt es vielen Maßnahmen.

2. Einwohnerfragestunde

**Herr Grünler, Einwohner der Stadt Plauen, weist darauf hin, dass auf der Internetseite der Stadt Plauen verschiedene öffentliche Dokumente wie PDF-Dateien von Protokollen, Anträge usw. fast ausnahmslos nicht barrierefrei sind.
Er fragt nach, in wie weit es machbar ist, dass die PDF-Dateien über Schrifterkennung durchsuchbar werden. Somit wären öffentlich verfügbare Dokumente auch mit „Schlagwort“ einfacher auffindbar.**

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Antwort zu.
Die Anschrift von Herrn Grünler ist bekannt.**

3. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

**Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, verweist auf seine Anfrage im Stadtrat am 1. April 2014, wie die Polizeiordnung hinsichtlich der Leinen- und Maulkorbpflicht von Hunden umgesetzt wird. Er zitiert aus der am 15.04.2014 erhaltenen Antwort: „Um die Durchsetzung der Polizeiordnung der Stadt Plauen auf diesem Gebiet zu verbessern, werden zukünftig gezielt verstärkte Kontrollen an bekannten Schwerpunkten durchgeführt.“
Letztens wurde in den Medien durch Herrn Holtschke die Anleinpflicht erneut publik gemacht.
Stadtrat Weiß stellt die Anfrage, in welcher Form verstärkte Kontrollen seit 2 Jahren**

erfolgten.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung durch Herrn Helbig, FBL Sicherheit und Ordnung, zu.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, spricht die freiwillige Mitgliedschaft der Stadt Plauen im Kulturraum und die Ausführungen durch Oberbürgermeister Oberdorfer zur Kreistagssitzung am 30.01.2016 an. Weiterhin informiert er zur Aussage von Herrn Landrat Keil im öffentlichen Teil der Kreistagssitzung, dass er im Falle eines Austritts der Stadt Plauen aus dem Kulturraum dem Kreistag eine Übernahme des Anteils vorschlagen wird. Nach Auffassung von Stadtrat Zabel hat das Auswirkungen auf den von der Fraktion gestellten Antrag zur Haushaltsberatung. Stadtrat Zabel hätte gern die weitere Vorgehensweise gewusst?

Oberbürgermeister Oberdorfer legt dar, dass Herr Landrat Keil im Kreisausschuss nochmals thematisiert und zu Protokoll gegeben hat, dass ihm bekannt ist, wenn die Stadt Plauen austreten würde, der jetzt von der Stadt zur Verfügung gestellte Betrag vom Landkreis in den Haushalt einzustellen sei. Der Vogtlandkreis ist gesetzliches Mitglied und die Stadt Plauen ist freiwilliges Mitglied im Kulturraum. Er weist darauf hin, dass der Landkreis als Rechtsaufsichtsbehörde die Stadt beauflagt hat, Haushaltskonsolidierung durchzuführen – was erfolgt ist. Von der Rechtsaufsichtsbehörde wurde die Stadt mit der Überprüfung der freiwilligen Aufgaben beauflagt. Die freiwillige Mitgliedschaft im Kulturraum ist eine freiwillige Aufgabe mit über 630 TEUR Kosten. Der Landkreis muss die Mittel übernehmen, wenn die Stadt Plauen nicht mehr freiwillig Mitglied ist.
Er informiert zum gegenwärtigen Stand, dass er in Abstimmung mit Herrn Landrat Keil in einem Schreiben Frau Ministerin Stange die Sachlage dargestellt und thematisiert hat. Eine Information an die Fraktionsvorsitzenden des Kreis- und des Stadtrates wird nach Eingang der Antwort in geeigneter Form erfolgen.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Claudia Hänsel Stadträtin
Plauen, den 01.03.2016	Plauen, den
Winkler Schriftführer	Benjamin Zabel Stadtrat